



Gruppenbild mit Rettung: Gesundheits-LR Bernhard Tilg (3. v. r.) mit Vertretern der Bietergemeinschaft und Gemeindeverbandschef Ernst Schöpf (l.) und Krankenkassenchef Michael Huber (2. v. r.). Foto: Land Tirol/Berger

## Nach Vergabe war alles in Tirol gerettet

Tiroler Rettungsbündnis versichert: Es wird keine Ortsstelle geschlossen und kein Mitarbeiter entlassen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Das Ergebnis überraschte nicht mehr. Um 27,3 Millionen Euro hat die Tiroler Bietergemeinschaft ihre Mitbewerber MKT und Falck ausgebootet. „Qualität und Freiwilligkeit haben den Ausschlag gegeben“, war Gesundheits-LR Bernhard Tilg (VP) sichtlich erleichtert. Billiger ist das Rettungssystem nicht geworden, aber aus seiner Sicht effizienter. „Und die Tiroler Rettungsdienste arbeiten zusammen.“ Der Voranschlag für 2010 sieht nämlich ebenfalls Kosten von rund 27,1 Mio. Euro vor. In den nächsten Jahren sollen aber die Kostensteigerungen abgeflacht werden, von 2003 bis 2010 sind die Ausgaben um 82,6 Prozent angestiegen.

Für Tilg ist es eine gute Lösung für Tirol, „was ich versprochen habe, wurde umgesetzt“. Geschmerzt haben ihn die Angriffe der Opposition,

an die Nieren seien ihm verunglimpfende Briefe an seine Privatadresse gegangen.

Nach der Vergabe demonstrierten alle Beteiligten Einigkeit. Dass so mancher Giftpfel verschossen worden sei, führt Rot-Kreuz-Geschäftsführer Thomas Wegmayr auf die Emotionalität zurück. „Aber wir ziehen jetzt an einem Strang.“ Dass das Rote Kreuz Schwarz nicht mehr dabei sei, schmerzt Wegmayr, für die 46 Ortsstellen und die Mitarbeiter legte RK-Präsident Neumayr ein Bekenntnis ab.

Gerhard Czappek, Geschäftsführer des Samariterbundes, meinte, ohne die Bietergemeinschaft wäre es für die kleinen Rettungsdienste schwer geworden. Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf kritisierte die Panikmache der Opposition. „Die Freiwilligkeit wurde nie infrage gestellt.“ LH Günther Platter lobte die Tiroler Lösung und meinte, die 4500 Freiwill-

ligen werden auch künftig das Rückgrat des Rettungswesens im Land sein. Für LHStv. Hannes Gschwentner ist die Vergabe „vorzeigbar, langfristig finanzierbar und sichert die Freiwilligkeit im Rettungswesen ab“. Kritik kommt von der Opposition: Die Liste Fritz geht von einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung aus, die Grünen glauben, dass ein Klagsreigen startet und die Versorgung nicht mehr sicher ist.

Der dänische Falck-Konzern prüft eine Klage. Geschäftsführer Ole Qvist Pedersen spricht davon, dass obwohl Falck das beste Angebot abgegeben habe, die Bietergemeinschaft gewonnen habe. Die geforderte Reduzierung um 20 Prozent des Letztangebots von 43 Mio. Euro wurde von Falck als nicht realisierbar beurteilt, „ohne die in der Ausschreibung geforderten Qualitäts- und Serviceanforderungen zu verletzen“.

### Vergabe des Tiroler Rettungswesen

**Rettungsbündnis.** Die Bietergemeinschaft, bestehend aus Röttem Kreuz, Arbeiter-Samariterbund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hospitaldienst und Österreichischem Rettungsdienst erhielt den Zuschlag für die bodengebundene Rettung bis 2021.

**Kosten.** Für die Notfallrettung müssen ab 2011 jetzt 21,931 Mio.

Euro berappt werden, für die Krankentransporte 5,4 Mio. Euro. Das Angebot für die Notarztversorgung beträgt 6,5 Mio. Euro, das Notarztssystem wird aber erst vergeben.

**114.853 Einsätze.** Im Vorjahr gab es in Tirol 24.000 Notarzteinsätze, 84.500 normale Rettungseinsätze und 6353-mal mussten die Notarztehubschrauber abheben.



Um 27,3 Mio. Euro rückt das Rettungsbündnis aus. Foto: Panigger

## Schule, Schülertarife und das Burkaverbot

Einheitliche Linie? Die gibt es im Landtag nicht, jede Partei streicht ihre eigenen wichtigen Themen hervor.

Von Miriam Sulaiman

**Innsbruck** – Frage – Antwort. So lautet das übliche Spiel zum Start des Landtages. Erst will die SPÖ Auskünfte über die Tiroler Milch erhalten, anschließend die FPÖ vom Landeshauptmann bezüglich der Schotterentnahme in Unterperffuss. Den Grünen geht es um Naturschutzvergehen.

Anschließend steht die Annahme der Dringlichkeitsanträge bezüglich des Erhalts der Postämter an und zur Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs. Dabei wird die Einführung eines Studentensestertickets eingefordert. Ideologische Unterschiede dürften bei der Debatte um das Kinderbetreuungsgesetz hervortreten. Wie sehr sich die Fraktionen unterscheiden, zeigt sich bei den Themen.

**ÖVP:** Sie setzt hauptsächlich auf den Beschluss des neuen Kinderbetreuungsgesetzes „als Meilenstein“. Zusätzlich verweist sie auf den Antrag, nach welchem Bergbauern Unterstützungen über das Jahr 2013 hinweg erhalten sollen. Weiters verweist sie auf die Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs.

**SPÖ:** Mit der Kinderbetreuung setzte sich die Stadt-SPÖ auseinander. Dass die Bildung im Gesetz verankert ist, hebt sie hervor. Unabhängig von Bedarfsanalysen gehöre das Angebot geschaffen. Mittelfristig müsste auch der Nachmittag gratis ist. Entgelte in den Sommerferien dürfe es keine geben.

**Bürgerforum:** Es fokussiert sich auf seine aktuelle Stunde rund um die Abschaffung der Leistungsgruppen. Dieses Modell, welches als Schulversuch existiert, solle ab Herbst 2011 generell eingeführt werden. Schüler gehörten gefördert und nicht abgestraft. Das fertige Konzept liege in der Schublade.

**FPÖ:** Auch wenn sie es nicht schaffte, rechtzeitig einen Antrag einzureichen, will die FPÖ auf das Agrar-gemeinschaftsthema setzen. In klaren Fällen sollte die Agrarbehörde handeln „müssen“, nicht „sollen“. Fragen stellt die FPÖ insbesondere rund um die Gelder für die BBT-Imagekampagne.

**Grüne:** Mit ihren Initiativen bezüglich des Naturschutzes kommen sie nicht durch. Für die VP besteht dieser bereits. Für die Grünen bekommen



Wenn die Fahne beim Landhaus hängt, heißt es für die Abgeordneten wieder antreten. Dieses Mal für 54 Tagesordnungspunkte. Foto: Böhm

## Keine Zustimmung für Novelle zu Agrargesetz

**Innsbruck** – Die SPÖ wird der Dringlichkeit für eine Novelle des Agrargesetzes nicht zustimmen. Das erklärte gestern SP-Klubobmann Ernst Pechlaner. Gleichzeitig kündigt er jedoch Parteiengespräche mit der ÖVP und den Experten an, damit die Umsetzung des Gesetzes für die Gemeinden rascher vor sich geht. Eine erste Runde gab es bereits gestern. Der Leiter der Abteilung Agrar-gemeinschaften, Bernhard Walser, berichtete, dass 170 Verfahren anhängig sind,

50 bis 60 Verfahren wurden in I. Instanz entschieden.

LH Günther Platter (VP) und Koalitionspartner LHStv. Hannes Gschwentner (SPÖ) kündigten am Dienstag Unterstützung für die Gemeinden an. So wird der Fragebogen an die einzelnen Gemeinden hinsichtlich der Feststellung über Gemeindegut vereinfacht, zum anderen erhalten die Kommunen auf Anforderung Unterstützung bei ihrer „Recherchearbeit“ durch zusätzliches Personal. (pn)

die kleinen Umweltsünder aber die Rote Karte, den großen werde der rote Teppich ausgerollt. Sie sieht mächtige Wirtschaftsunternehmen im Vorteil.

**Bürgerklub:** Gleich zwei Dringlichkeitsanträge zur Post werden positiv behandelt. Es geht um den Erhalt der Versorgung.

**Am Rande:** Das Problem bezüglich der Finanzierung

des sonderpädagogischen Förderbedarfs wird angesprochen. Der Antrag der FPÖ bezüglich des Minarettbauverbotes wird endgültig abgelehnt. Rechtliche Eingriffsmöglichkeiten gebe es bereits. Für den Herbstlandtag bringt sie dafür einen Antrag zum Burkaverbot ein. Sie beschwerten sich übrigens auch über ein Ortsschild auf dem „Grüß Göttin“ steht.

### Tirol in Kürze

#### Zwei FPler ausgeschlossen

**Innsbruck** – In der Innsbrucker FPÖ sind zwei weitere Funktionäre ausgeschlossen worden. Das bestätigte gestern Stadtparteichef LA Richard Heis gegenüber der TT. Der Grund sei parteischädigendes Verhalten gewesen. In Innsbruck kommt es heuer noch zu einem außerordentlichen Stadtparteitag. (TT)



Stadtparteichef Richard Heis bestätigte die Ausschlüsse. Foto: Panigger

#### EU-Abgeordnete: Fleißigster ist Seeber

**Innsbruck** – Die österreichischen EU-Abgeordneten sind am häufigsten in den Sitzungen des EU-Parlaments abwesend. Und darunter ist der Tiroler Abgeordnete Richard Seeber mit Hans-Peter Martin der fleißigste. Beide brachten es auf 100%. Sie waren immer anwesend.

#### Nachhaltiger Schutz des Mittelmeers

**Innsbruck** – Die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung tagte in Innsbruck. Der nachhaltige Schutz des Mittelmeeres wurde als gemeinsames Anliegen formuliert. Die Alpenkonvention wurde als wirksames Mittel zum Schutz des Alpenraumes vorgestellt.

#### Gemeindenaher Beschäftigung

**Innsbruck** – Das gemeindenahere Beschäftigungsprogramm des AMS und des Landes wurde aufgestockt. So sollen 280 Langzeitbeschäftigungslose bei Gemeinden und gemeinnützigen Einrichtungen einen Arbeitsplatz finden. 50.000 Euro werden zusätzlich zur Verfügung gestellt.

#### 4. Stufe sektorales Fahrverbot ab 1. Juli

**Innsbruck** – Mit 1. Juli werden Nichteisen- und Eisenerze sowie Marmor und Travertin in das sektorale Fahrverbot aufgenommen. Damit werde ein wichtiger Schritt hin zur Verbesserung der Luftgüte durch die Tiroler Landesregierung gesetzt, meint LHStv. Gschwentner.